

Gelbe Tonne gegen Wertstofftonne

Verschont die Jagd auf Branchenlösungen die Nichtlizenzierer?

von Sascha Schuh

Bonn, 05.03.2010. Kaum ein Jahr in Kraft reißt die Diskussion über die Verpackungsverordnung und die Konsequenzen ihrer Auswirkungen nicht ab. Formieren sich auf der einen Seite die Befürworter einer qualitativ hochwertigen Umsetzung der Verpackungsverordnung auf Grundlage einer Selbstverpflichtungserklärung verabschieden die vermeintlichen Kontrahenten eine Charta zur Verpackungsverwertung und fordern die Erweiterung des Wirkungskreises der Gelben Tonne zur Wertstofftonne.

Vor diesem Hintergrund diskutierten am 25. Februar im Bonner Informationszentrum für Umwelt, Abfall und Recycling der ASCON GmbH Experten aus der Entsorgungswirtschaft, Kommunen und Technologieunternehmen über die zukünftige Ausrichtung der Sortierung in Deutschland. „ Die Bundesrepublik ist mit Sicherheit nicht mehr unser Hauptmarkt“, skizzierte Bert Handschick, Geschäftsführer des neuen Gemeinschaftsunternehmens RTT Steinert GmbH die aktuelle Situation. „Wir dürfen aber nicht vergessen, dass von unserem Land aus in den vergangenen 15 Jahren viele Trends ausgegangen sind, die weltweit Vorbild zum Aufbau ähnlicher Systeme und Einsatz komplexer Sortieranlagen geworden sind. Gerade deshalb werden wir Trends und Entwicklungen sorgfältig begleiten und unsere Technologien den jeweiligen Anforderungen anpassen“, so Handschick weiter. Der weltweit an Nummer zwei liegende Anbieter von Technologien zur Arten- und Farbensortierung schickt sich nach dem Zusammenschluss mit der Steinert Elektromagnetebau an, Marktführer im Angebot kompletter Sortiertechnologien zu werden.



Bert Handschick, Geschäftsführer RTT Steinert GmbH

Ähnlich skizzierten Stephen Krela und Patrick Lindweiler ihre Einschätzung aus Sicht der Sortierung von FE- und NE Metallen aus der Erfassung in einer gemeinsamen Wertstofftonne. „Die reine Sortierung der LVP Verpackung stellt höchstens bei mit Aluminium bedampften Kunststoffverpackungen eine Hürde dar. Andere Metallverpackungen sind für die klassischen Technologien nicht problematisch zu trennen“, beschreiben die beiden Ingenieure des Kölner Unternehmens die Einsatzmöglichkeiten der Technologie. Herausfordernder sieht es jedoch schon bei Separierung von Elektronikschrott aus der gemeinsamen Erfassung mit anderen Wertstoffen aus. Gelb in Grau oder Grau in Gelb kurz „GIG“ ist das Schlagwort, das seit einigen Jahren durch die Republik zieht. Müssen Wertstoffe, die Verpackungen sehr ähnlich sind in verschiedenen Sammelsystemen erfasst werden? Oder gibt es tatsächlich Ansatzmöglichkeiten alles zusammen zu sortieren und Wertstoffe zu gewinnen. „Leipzig war der Anfang und die neuen Ideen, die in Wiesbaden zukünftig umgesetzt werden sollen, fordern uns auf, zu zeigen, dass man gerade mit modernen Sortiertechnologien alle Arten von Wertstoffen sortenrein sortieren kann. Insbesondere die Trennung von unterschiedlichen Metallen aus dem Elektronikschrott hat bei Versuchen mit NE- und FE-Trennsystemen hervorragende Ergebnisse hervorgebracht. Wir können unsere Technologien schon heute auf die Anforderungen der Systeme von morgen einstellen,“ stellte Krela Steinerts Konzeptionen vor.

In welche Tonne mit welchem System werden wir in der Zukunft unsere Verpackungen und Wertstoffe zukünftig werfen und wie werden sie dann

sortiert? Wen man den Unkenrufen der Systeme Ende Januar Glauben schenken darf, dann ist es um die duale Entsorgung in Deutschland bald geschehen. Neun Unternehmen mit einem gemeinsamen Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro schacherten wochenlang um Marktanteile, um am Ende einen alle Beteiligten überraschenden Kompromiss zu finden.

Dabei ist es schon mehr als verständlich, dass Marktführer DSD verärgert nach einem Blick in seine Bücher feststellen musste, dass die Mengen die er im Rahmen der dualen Lizenzierung verloren hat bei den Konkurrenten nicht mehr auftauchen sondern in den Tiefen der Branchenlösungen verschwanden. Der Krach lag auf der Hand, denn ein Prozent mehr Marktanteil bedeuten sieben Millionen mehr Kosten als Systemträger der dualen Systeme. Klar, dass nach dieser Rechnung der Kölner Marktführer sich dagegen wehrte, mit fünf Prozent mehr Marktanteil auch gleich 35 Millionen mehr Systemkosten zu übernehmen.

„Die Branchenlösungen sind nicht an allem schuld,“ analysierte Sascha Schuh, Geschäftsführer der gastgebenden ASCON GmbH die aktuelle Situation. Es ist mit Sicherheit sehr fragwürdig, in der heutigen Situation nach Hilfe des Staates und der Rekommunalisierung zu rufen. Immerhin wurde die Verpackungsverordnung vor fast zwei Jahrzehnten als ein Instrument in die Welt gesetzt, mit dem Industrie und Handel im Rahmen ihrer Produktverantwortung mit dem Verpackungsmüll zurecht kommen sollen. „Daher erscheint es heute schon fast skurril, wenn Branchenteilnehmer selber nach Staatshilfe rufen, um sich oder die Verpackungsverordnung retten zu wollen. Das ist fast wie ein Offenbarungseid der Industrie, mit aktuellen Systemproblemen nicht zurecht zu kommen und eine teilstaatliche Verpackungsentsorgung zu fordern,“ analysierte Schuh die aktuelle Situation.

Immerhin haben die Bundesländer nicht zuletzt mit der Konkretisierung zur Verpackungsverordnung die Latte für Branchenlösungen deutlich höher gelegt. Doch auch diese Politik führt nicht zu einer nachhaltigen Stützung dualer Systeme und der Erfassungssysteme. Wenn bei einem aktuellen

Lizenzvolumen von etwa 1,2 Milliarden Euro gemäß der aktuellen Zahlen der GVM etwa 15% der Gesamtmenge in Branchenlösungen abgebildet werden entspricht dies einem Gesamtwert von 180 Millionen Euro. Ein ordentlicher Beitrag zur Systemstützung – denkt man.

Analysiert man die Situation weiter, stellt man fest, dass den neun dualen Systemen mittlerweile 104 Branchenlösungen gegenüber stehen. Und fast 75% dieser Branchenlösungen werden von den dualen Systemen selber betrieben. Daraus lässt sich leicht schlussfolgern, dass alle Marktteilnehmer dieses Instrument für innovative Preisangebote nutzen. Doch die Branchenlösungen sind nicht das Übel oder der Grund für das laute Klagen in der Branche.

Insider seitens der Bundesländer und auch Industrie und Handel sprechen heute immer noch von einer Nichtlizenzierungsquote von bis zu 35%. Jede dritte Verpackung, die heute in die gelbe Tonne wandert, ist bei keinem der neun Systeme lizenziert und wird auch nicht in einer Branchenlösung abgebildet. Rechnet man den Verlust dieser fehlenden Einnahmen auf das heutige Lizenzierungsvolumen hoch, erscheinen positive Effekte durch Erschweren von Branchenlösungen deutlich geringer.

„ Wenn 1,2 Milliarden Euro 65% des Marktvolumens repräsentieren, dann hatten bei 100% Abdeckung einen Gesamtmarkt von 1,8 Milliarden Euro. 600 Millionen Euro oder mehr als das Dreifache bei Abschaffung aller Branchenlösungen“, rechnete Schuh den Konferenzteilnehmern in Bonn vor.

Dabei scheint das sog. Unterlizenzieren fast schon geduldet zu sein. Bemühen sich die Verantwortlichen in den sechzehn Bundesländern, die Unternehmen, die bei Branchenlösungen Mengen lizenziert haben mit Gewalt in Duale Systeme zu drängen und somit zur wesentlich teureren Nachlizenzierung zu zwingen, bleiben die, die überhaupt keine Erklärungen abgeben und ihre Mengen unlizenziert in den Markt bringen weitestgehend ungestraft. Keiner

kontrolliert und bestraft diejenigen, die als Trittbrettfahrer an einem der weltweit erfolgreichsten Systeme zur Verpackungsverwertung teilnehmen.

Da helfen auch keine Beschwörungen, dass mit Hinterlegung der Vollständigkeitserklärung ein Instrument geschaffen wurde, welches die Überwachung vereinfacht. Stellt sich die Frage: welche Überwachung?

Das Risiko der lizenzierenden Unternehmen im Rahmen der Überprüfung zur Nachlizenzierung bei Dualen Systemen gezwungen zu werden, ist deutlich höher und teurer, als gar nicht zu lizenzieren. Im Rahmen einer Marktstudie, die ASCON im Vorfeld der Tagung in Bonn durchführte konnte bei verschiedenen Unternehmen ein erheblicher Nachlizenzierungsbedarf festgestellt werden. Dabei kristallisierten sich zwei Hauptargumente der „Schwarzfahrer“ heraus: 1. Was bringt es mir, wenn ich lizenziere? Und 2. Ich habe seit 18 Jahren nicht lizenziert, warum sollte ich es jetzt denn machen?

Braucht man den Sinn der ersten Frage gar nicht zu diskutieren, birgt das zweite Argument erhebliches Sprengpotenzial in sich. Ein Rechenbeispiel verdeutlicht das. Hat ein Unternehmen mit einem jährlichen Lizenzierungsvolumen von 50.000 € bald 19 Jahre seine Verpackungen ohne Zahlung von Lizenzentgelten in den Markt gebracht stünden eventuell verzinste Nachforderungen von mehr als einer Million Euro im Raum. „Nicht auszudenken, welche Summe bei einer Zeitraum von 20 Jahren und 600 Millionen Euro jährliches Marktvolumen dabei herauskäme. Bei mehr als 12 Milliarden Euro, die dann seit Systembeginn aufgelaufen sind, kann man fast schon an Straffreiheit bei Selbstanzeige oder an das Brennen einer CD zur Weitergabe an die Behörden denken,“ spielte Schuh auf die aktuelle Diskussion über den Kauf von Steuerdaten aus der Schweiz an.

Nicht nur bei der mangelnde Kontrolle in der Bundesrepublik, sondern auch beim Umgang mit ausländischen Unternehmen, die nach Maßgabe der Verordnung eine Erklärung ihrer in Deutschland auf den Markt gebrachten Verpackungsmengen abgeben müssen, lassen sich enorme Umsetzungslücken feststellen. Am Beispiel des Nachbarlandes Frankreich lässt sich die Situation

treffend darstellen. Auch wenn eine Vielzahl der deutschen Importeure eine Lizenzierung gem. Verpackungsverordnung durchführen, ist davon auszugehen, dass noch eine große Menge französischer Direktimporteure nach Deutschland übrig bleiben, die ihre Vollständigkeitserklärungen bei der zuständigen IHK abgeben müssen. Eine Kontrolle Ende Februar 2010 ergab, dass gerade einmal **neun** französische Unternehmen diesen deutschen Vorschriften nachgekommen sind. „ Wir haben Frankreich exemplarisch herausgenommen. Diese Meldequote ist mit anderen Staaten der Europäischen Union durchaus vergleichbar“, fasste Schuh die Studienergebnisse zusammen.

Die Diskussion um die Branchenlösungen wird weitergehen. Sie muss allerdings besonders unter dem Aspekt gewürdigt werden, dass diejenigen, die an einer solchen teilnehmen mit einem Großteil ihrer Mengen an dualen Systemen teilnehmen. Die Kontrolle der Unternehmen, die schon bezahlen ist auch viel einfacher, als die zu finden, die sich darum drücken. Auf mittlere Sicht hin besteht aber keine Alternative dazu, dass sich die deutschen Vollzugsbehörden mit dem Thema ernsthaft auseinandersetzen, Nichtlizenziierer festzustellen und exemplarisch mindestens so zu behandeln, wie sie es mit Unternehmen tun, die zu viel Mengen in Branchenlösungen abbilden.

Die Verpackungsverordnung hat auch oder gerade besonders in der vorliegenden Form der 5. Novelle beste Chancen, langfristig Bestand zu haben. Voraussetzung ist jedoch, dass alle Instrumente, die sie bietet auch genutzt werden. Da werden auch keine Diskussionen helfen, die Gelbe Tonne abzuschaffen und eine Wertstofftonne zur Teilfinanzierung einzuführen. Das heutige System funktioniert seit fast zwei Jahrzehnten und wird, wenn es dem Verordnungstext nach einmal umgesetzt wird, weiter Bestand haben.